

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UwE/006(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Umwelt und Energie	Dienstag, 08.02.2005	Julius-Bremer-Str. 8 Raum 609/611	17:00Uhr	17:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 3.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 302-2 "Vogelbreite / Harsdorfer Straße" in einem Teilbereich und öffentliche Auslegung des Änderungsentwurfs
Vorlage: DS0738/04
 - 4.2 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4 "Rogätzer Straße" und Änderung des Geltungsbereiches
Vorlage: DS0852/04

5 Informationen

5.1 Ausgleichsflächenmanagement - Bilanz und Weiterentwicklung
Vorlage: I0357/04

6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Regina Frömert

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Frank Bunge

Sachkundiger Einwohner Torsten Himmel

Geschäftsführung

Frau Diana Grünert

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Bernd Krause

Stadtrat Thomas Veil

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Doris Bunk

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung. er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden sei. Mit nur drei anwesenden Stadträten sei der Ausschuss jedoch nicht beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

In gegenseitigem Einvernehmen wird der TOP *I0357/04 Ausgleichsflächenmanagement - Bilanz und Weiterentwicklung* zu Beginn der Sitzung behandelt werden. Sollte anschließend der Ausschuss weiterhin nicht beschlussfähig sein, müsste die Behandlung der Drucksachen vertagt werden.

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Abstimmung wird vertagt.

4. Beschlussvorlagen

- 4.1. 3.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 302-2 "Vogelbreite / Harsdorfer Straße" in einem Teilbereich und öffentliche Auslegung des Änderungsentwurfs
Vorlage: DS0738/04
-

Die Behandlung der Drucksache wird vertagt.

- 4.2. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4 "Rogätzer Straße"
und Änderung des Geltungsbereiches
Vorlage: DS0852/04
-

Die Behandlung der Drucksache wird vertagt.

5. Informationen

- 5.1. Ausgleichsflächenmanagement - Bilanz und Weiterentwicklung
Vorlage: I0357/04
-

Herr Warschun - Amt 31 - führt kurz in die Thematik ein. Herr Nack - Amt 31 verweist in seinen Ausführungen auf die grundsätzlich positive Bilanz des Ausgleichsflächenmanagements. Mit der Thematik habe man zunächst Neuland betreten, inzwischen habe sich jedoch ein gewisses Maß an Routine eingestellt. Als Problem müsse noch die Refinanzierung (Pkt. 4 der Info) benannt werden. Zukünftig müsse verstärkt Augenmerk auf Flächensicherung gelegt werden.

Herr Bunge bittet um Aussagen zur räumlichen Zuordnung von Ersatzmaßnahmen. Ihn interessiere vor allem, ob der eingriffsnaher Ersatz hinfällig sei. Herr Warschun stellt klar, zunächst werde der Eingriff minimiert und vor Ort kompensiert. Erst wenn dies nicht machbar sei, greife das Ausgleichsflächenmanagement. Durch das Instrument des Ausgleichsflächenmanagements steige indirekt das Risiko der vollen Ausnutzung der B-Plan-Fläche. Hier sei der Stadtrat gefragt um eine entsprechende Qualität der B-Pläne sicher zu stellen.

Frau Stadträtin Frömert entgegnet, der B-Plan werde als abgestimmte Drucksache der Verwaltung vorgelegt, selbstverständlich müsse das Umweltamt dann auf derartige Unstimmigkeiten aufmerksam machen. Irritiert sei sie über die Formulierung (S.7 der Info) „...angeregt, dass A6 1 die Stabstelle über entsprechende Planungen rechtzeitig in Kenntnis setzt.“ Dies müsse eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Herr Warschun konkretisiert, dieser Punkt sei bereits mit A 61 besprochen worden, eine Lösung sei auf dem Weg.

Frau Stadträtin Frömert spricht den Stadtumbau Ost an. Derzeit sei das Thema „Abriss Rennebogen“ im Gespräch. Hier müsse diskutiert werden, wie mit den Flächen anschließend umgegangen werde. Aus ihrer Sicht böten sich die Flächen bei Rücknahme von Versiegelung als Ausgleichsflächen an. Herr Nack hält dies für einen sinnvollen Ansatz, allerdings sei dies in der AG noch nicht thematisiert worden. Herr Wrede-Pummerer - Amt 61 - informiert über erste Überlegungen, die Fläche mit einem B-Plan zu ordnen. Mit den erstmals flächenhaften Abrissen werde eine neue städtebauliche Situation geschaffen. Herr Stadtrat Dr. Schmidt fragt an, in wie weit die Maßnahmen in Olvenstedt mit denen im Neustädter Feld vergleichbar seien. Herr Wrede-Pummerer informiert, dort sei punktuell abgerissen und stark in Freiflächengestaltung investiert worden. In Neu-Olvenstedt sei noch unklar, ob der Abriss zu einem Dominoeffekt oder zur höheren Akzeptanz des Gebietes führen werde. Herr Warschun ergänzt, häufig sei selbst für die Eigentümer in Neu-Olvenstedt unklar, was mit den freien Flächen geschehen solle. Aus der Fördermittelsituation heraus sei lediglich klar, dass keine Nachnutzung als Wohnbaufläche folgen könne.

Herr Stadtrat Herbst kritisiert, dass bei Rückbaumaßnahmen nicht von vornherein Überlegungen zur Nachnutzung diskutiert würden. Herr Wrede-Pummerer bittet zu berücksichtigen, dass der Stadtumbauprozess in Magdeburg stark von den Wohnungsbaugesellschaften bestimmt werde. Diese würden finanzielle Aspekte in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellen. Wichtig sei, dass die Unterhaltung der Flächen nach dem Abriss keine Kosten verursache.

Herr Bunge fragt an, ob über das Ausgleichsflächenmanagement eine Vernetzung von Einzelflächen erreicht werde und auch innerstädtische Flächen Berücksichtigung fänden. Zudem sei wichtig, dass die aufgewerteten Flächen auch langfristig gesichert seien. Herr Warschun verweist darauf, dass im Textteil des B-Planes eine konkrete Zuweisung der Ausgleichsfläche erfolge. Ein Wegfall des Ausgleichs würde zur Nichtigkeit des B-Planes führen. Herr Nack führt aus, die Ausgleichsflächen seien überwiegend im Außenbereich angesiedelt. Wesentlich sei der Verkehrswert der Fläche, da der Investor die Kosten tragen müsse.

Herr Warschun macht darauf aufmerksam, dass Magdeburg in Sachsen-Anhalt einen Meilenstein in Sachen Ausgleichsflächenmanagement gesetzt habe. Die Landeshauptstadt sei die erste Kommune, die dem aktuellen Naturschutzgesetz mit den Ökokonten vorgegriffen habe und somit über eine fünfjährige Erfahrung verfüge.

6. Verschiedenes

Herr Warschun informiert die Ausschussmitglieder über die am 5.3.05 im Roncallihaus stattfindende Veranstaltung „Grüne Gentechnik“. Die Einladungen seien auf dem Weg.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung. Ende der Sitzung 17:45 Uhr

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Kurt Schmidt
Vorsitzende/r

Diana Grünert
Schriftführer/in